

in Wahlkommissionen verschiedener Ebenen tätig waren und über fundierte politische und fachliche Kenntnisse verfügen. Auf der Grundlage dieser Vorschläge werden die Wahlkommission der Republik vom Staatsrat und die Bezirks-, Kreis-, Stadt-, Stadtbezirks- und Gemeindewahlkommissionen von den jeweiligen Räten gebildet (§ 12 Abs. 3 Wahlgesetz).

Auf der Grundlage der Bestimmungen des Wahlgesetzes leiten die Wahlkommissionen die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in ihrem Verantwortungsbereich (vgl. 7.2.2.). Sie fordern u. a. zum Einreichen von Wahlvorschlägen auf, bestätigen die von den Ausschüssen der Nationalen Front beschlossenen Wahlvorschläge, entscheiden über die Öffnung von Sonderwahllokalen, die Herstellung der Stimmzettel und anderer Wahlvordrucke. Ihr gesamtes Wirken wird davon bestimmt, die strikte Einhaltung der wahlrechtlichen Bestimmungen zu gewährleisten. Die Rolle der Wahlkommissionen wird auch in der ausschließlich ihnen obliegenden Verantwortung für die Feststellung der Wahlergebnisse und der Gültigkeit der Wahl sichtbar (vgl. 7.2.4.).

Die Volksaussprache über die Grundfragen der Politik kennzeichnet wesentlich den Charakter sozialistischer Wahlen. Die Verwirklichung dieses Prinzips ist mit der Führung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Arbeiterklasse und ihre Partei sowie mit deren Bündnispolitik aufs engste verbunden. Im Mittelpunkt der Volksaussprache stehen die jeweiligen Hauptfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Sowohl bei den Wahlen zur Volkskammer als auch bei den Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen werden gleichermaßen Probleme von gesamtgesellschaftlichem Rang wie von örtlicher Bedeutung erörtert. Wesentliche Orientierungspunkte für die Volksaussprache geben die Beschlüsse und Aktivitäten der SED sowie der Wahlauf Ruf der Nationalen Front. Die Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen finden in der Regel unmittelbar nach Parteitag der SED statt.

So war die Volksaussprache bei den Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirkstagen am 14. Juni 1981 von der umfassenden Diskussion über den vom X. Parteitag der SED vorgelegten Entwurf der Direktive zum

Fünfjahrplan 1981 bis 1985 geprägt. Die hierbei von Werktätigen und ihren Kollektiven unterbreiteten Vorschläge erschlossen umfangreiche Leistungsreserven für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Erich Honacker stellte dazu fest, „daß es in der kapitalistischen Welt, selbst in Fällen bester Wahlbedingungen und Wahlergebnisse, kein Beispiel für eine so breite Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der Volkswirtschaft, in die Ausarbeitung ihrer Perspektive gibt“¹⁷.

Die Volksaussprache über die Grundfragen der Politik vollzieht sich insbesondere auch in den *Rechenschaftslegungen der Volksvertretungen, ihrer Organe und Abgeordneten* über ihre Tätigkeit sowie in der Diskussion über diese Berichte und über die zukünftigen Aufgaben der Volksvertretungen (vgl. Kap. 8 und 14). Das Prinzip der Rechenschaftslegung wird in der Wahlvorbereitung in vielfältiger Weise realisiert. Rechenschaft legen die Abgeordneten vor ihren Wählern in den Wahlkreisen und Betrieben, die Räte und ständigen Kommissionen in Tagungen der Volksvertretungen, die Leiter zentraler und örtlicher Staatsorgane in Betrieben und Wohngebieten.

Die Volksaussprache über die Grundfragen der Politik stimuliert unmittelbar die Initiativen der Werktätigen im Wettbewerb und führt zu besonderen Leistungen anlässlich der Wahlen, womit gute Voraussetzungen für die Lösung der Aufgaben der zu wählenden Volksvertretungen geschaffen werden.

Die Aufstellung und Prüfung der Kandidaten durch die Wähler sind für das Wahlsystem der DDR charakteristisch (vgl. 7.2.3.). Dieses Prinzip leitet sich vor allem aus der Stellung der Volksvertretungen und dem Verhältnis der Bürger zu ihrem sozialistischen Staat ab. Es ist wie die anderen Prinzipien Ausdruck verwirklichter Volkssouveränität im Staat der Arbeiter und Bauern.

Die Wähler kontrollieren vor allem, daß sich die Kandidaten auszeichnen
— durch ihre enge Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen, durch ihr konsequentes Eintre-

17 3. Tagung des ZK der SED vom 19./20. November 1981, Berlin 1981, S. 25.